

Ein Schuss nach hinten

Streit um den Ausbau der Schießanlage Unterdill

Forstenried · Große Diskussionen gab es in der letzten Zeit um die Schießanlage des Vereins Hubertus in Unterdill. Dieser hatte im Sommer 2009 Pläne zur umweltgerechten Sanierung und den Ausbau der Schießanlage in eine Schwerpunktanlage vorgelegt, welche bei den An-

wohnern auf sehr viel Widerstand gestoßen sind. Auslöser der Diskussionen war ein Artikel in einer SPD-Zeitschrift, der den Ausbau mit der Überschrift „Monster-Schießanlage im Forstenrieder Park“ betitelte. Durch den Artikel wurde der Ausbau erst publik, da eigentlich

ein nicht-öffentliches Verfahren geplant war. Bei der diesjährigen Bürgerversammlung, im Bürgersaal Forstenried, meldeten sich deshalb sowohl der Vorsitzende von Hubertus, als auch Vertreter der Bürgerinitiative „Forstenrieder Park ohne Schießanlage e.V.“ zu Wort. Probleme um die Schießanlage, die 1924 in Betrieb genommen wurde, soll es schon immer gegeben haben. So werden beim Schießen jährlich sieben Tonnen giftige Metalle freigesetzt, welche eine große Gefahr für Boden und Grundwasser darstellen. Das Ausmaß der Bodenverseuchung ist bis heute noch nicht vollständig untersucht worden, sodass die Anwohner fordern die Böden in ihrer Gesamtheit zu untersuchen und gegebenenfalls auf eine Deponie zu bringen. Auch die Lärmbelastung stellt einen zentralen Streitpunkt dar. In den genehmigten Schießzeiten, zwei halbe Tage unter der Woche, ist durch den fehlenden Lärmschutz die Lärmbelastung für die Anwohner und Besucher des Forstenrieder Parks sehr groß. Zudem werden die Sicherheitszäune, laut Aussage eines Redners, rund um die Schießanlage überschossen, sodass einigen Besuchern des Forstenrieder Parks bereits Schrot auf den Kopf gerieselt ist. Pläne einen Monsterwall gegen den Lärm und überfliegenden Schrot zu bauen, werden jedoch von der Bevölkerung abgelehnt, da dieser, in ihren Augen, keinen zureichenden Schutz bietet und die Landschaft verschandeln würde. Vielmehr verlangen sie eine Einhausung des Kugelstandes und dass die Schießzeiten nicht verlängert werden dürfen. Mehr als 13000 Unterschriften, gesammelt von der Bürgerinitiative, und öffentliche Diskussion zwangen den Verein Hubertus seine alten Anträge für den Ausbau der Schießanlage zurückzunehmen.

Auch der Grundstücksverkauf durch den Freistaat, der mit dem Ausbau zusammenhing, wurde gestoppt. Nun zeigt sich der Verein Gesprächsbereit und entschuldigte sich auf der Bürgerversammlung öffentlich bei den Anwohnern und dem Bezirksausschuss. „Die Tragweite eines nicht-öffentlichen Verfahrens war dem Verein nicht bekannt und nicht bewusst“, sagte der Vorstandsvorsitzende des Schützenvereins, Ludwig Obermaier. Außerdem kündigte er die Modernisierung des Vereins und die zukünftige Beachtung von Lärm und Umweltproblemen an. Trotz dieser Versprechungen sind viele Anwohner skeptisch, da die neuen Pläne des Vereins immer noch unbekannt sind und angekündigte Sitzungen des öfteren verschoben wurden. Um diese Zweifel zu zerstreuen sicherte Gerald Höfler, Sachgebietsleiter im Referat für Gesundheit und Umwelt, ein öffentliches und transparentes Verfahren im Falle eines neuen Änderungsantrags des Schützenvereins zu. Auch der Bezirksausschuss hat angekündigt das weitere Verfahren zu verfolgen, um einen Interessenausgleich erwirken zu können. **B.-A. Dang**